

**Stefan Seidler**  
Mitglied des Deutschen Bundestages



Stefan Seidler, MdB - Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Rasmus Andresen, MdEP - 60, rue Wiertz, B-1047 Brüssel  
Delara Burkhardt, MdEP - 60, rue Wiertz, B-1047 Brüssel

**Rasmus Andresen**  
Mitglied des Europäischen Parlamentes

**Delara Burkhardt**  
Mitglied des Europäischen Parlamentes



Präsidentin der Europäischen Kommission  
Frau Ursula von der Leyen

Per E-Mail

Berlin, 24.10.2024

Bezug:  
Anlagen:

**Stefan Seidler, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Jakob-Kaiser-Haus  
Raum: 5.755  
Telefon: 0049 30 227 77197  
stefan.seidler@bundestag.de

SSW - Südschleswigscher  
Wählerverband (fraktionslos)

**Rasmus Andresen, MdEP**  
Parlement européen  
Bât. Altiero Spinelli  
Rue Wiertz 60,  
B-1047 Brüssel  
Raum: 05F158  
Telefon: 0032 228 45373  
rasmus.andresen@europarl.europa.eu

Fraktion Greens/Efa  
im Europäischen Parlament

**Delara Burkhardt, MdEP**  
Parlement européen  
Bât. Altiero Spinelli  
Rue Wiertz 60,  
B-1047 Brüssel  
Raum: 12G165  
Telefon: 0032 228 57672  
delara.burkhardt@europarl.europa.eu

Fraktion S&D im Europäischen  
Parlament

## Bewahrung und Stärkung des Schengen-Raums

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin,  
sehr geehrte Frau von der Leyen,

als Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments wenden wir uns heute gemeinsam an Sie, um unserer tiefen Besorgnis über die zunehmende Errichtung und Verstetigung von Grenzkontrollen in Europa Ausdruck zu verleihen. Der Schengen-Raum, der als ein Symbol der europäischen Integration und der Freizügigkeit für Millionen von Bürgerinnen und Bürgern steht, gerät immer stärker unter Druck.

In den vergangenen Jahren wurden durch die Mitgliedstaaten immer wieder Grenzkontrollen nach Artikel 25 bis Artikel 28 des Schengener Grenzkodex (sogenannte „vorübergehende“ Grenzkontrollen) durchgeführt. An den europäischen Binnengrenzen führen diese Kontrollen zu einer faktischen Suspendierung der Personenfreizügigkeit. Allein in den letzten zehn Jahren gab es mehr als 400 Fälle, in denen Mitgliedstaaten im Schengen-Raum Grenzkontrollen eingeführt haben, die laut den Schengen-Regeln jedoch nur in absoluten Ausnahmefällen Anwendung finden sollten. In keinem dieser mehr als 400 Fälle hat die Europäische Kommission ihr Recht zu einer formellen Stellungnahme genutzt. Das ist für uns nicht nachvollziehbar. Dabei sind diese Grenzkontrollen insbesondere in grenzüberschreitend stark verwobenen Regionen wie dem deutsch-dänischen Grenzland, welches wir als Abgeordnete vertreten, eine erhebliche Belastung und führen zu schwerwiegenden Beeinträchtigungen im Alltag für BerufspendlerInnen, Reisende, Handel, Wirtschaft, Kulturschaffende, Auszubildende und Familien.

Seit 2015 sind die vorübergehenden Grenzkontrollen somit gang und gäbe im Schengen-Raum, wobei die Kontrollen nach ihrer Wiedereinführung regelmäßig nicht beendet, sondern mit

wechselnden Begründungen fortgeführt werden. Hierbei ist jedoch in Frage zu stellen, inwiefern die laut Schengener-Grenzkodex erforderlichen Sachgründe tatsächlich erfüllt sind. Die Entwicklungen im deutsch-dänischen Grenzland sehen wir dabei exemplarisch für die Gefährdung des Fortbestandes der einstigen Freizügigkeit im gesamten Schengen-Raum.

So führt bereits seit etwa neun Jahren die dänische Regierung unter immer wechselnder Begründung neue Grenzkontrollen durch. Auch auf deutscher Seite plant Bundesinnenministerin Nancy Faeser nach der erneuten Wiedereinführung der vorübergehenden Grenzkontrollen an allen deutschen Grenzen am 16. September 2024 laut ihrer Aussage im Deutschen Bundestag eine Fortführung dieser bis zur vorgesehenen Implementierung des gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) im Jahre 2026. Auch der Bundeskanzler machte in seinen öffentlichen Äußerungen klar, dass die Bundesregierung plane, diese Kontrollen so lange wie möglich durchzuführen. Dies widerspricht ganz klar dem Tenor einer vorübergehenden Maßnahme.

Diese durch die Mitgliedstaaten getriebene inkrementelle Verstetigung setzt dabei ein fatales Signal: dass Grenzkontrollen zum neuen Normalzustand werden könnten. Dies steht im klaren Gegensatz zum Grundgedanken des Schengen-Raums und der Personenfreizügigkeit in Europa.

Wir appellieren an Sie als Kommissionspräsidentin, sich entschieden gegen solche Entwicklungen zu stellen. Als Abgeordnete aus einer Grenzregion sehen wir es als unsere Verpflichtung an, darauf hinzuweisen, dass diese Grenzkontrollen klar europarechtswidrig sind. Es ist an der Zeit, die Freizügigkeit in der EU entschlossen zu verteidigen. Die Reisefreiheit in Europa, ein zentraler Pfeiler des europäischen Gedankens, darf nicht durch Sicherheitsdiskurse untergraben werden. Sicherheit muss unserer Freiheit dienen und nicht andersherum. Wir brauchen eine verstärkte grenzübergreifende Kooperation und europäische Investitionen in eine moderne Sicherheitsinfrastruktur, die den Schengen-Raum bewahrt und gleichzeitig die Freiheit und Mobilität der Bürgerinnen und Bürger erhält.

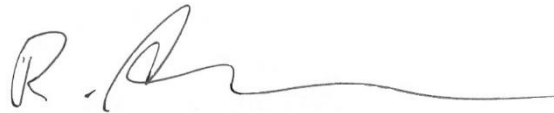
Wir fordern Sie darum auf, mit Nachdruck die Europäische Kommission in ihrer Rolle als Hüterin der Verträge zu stärken und die Mitgliedstaaten daran zu erinnern, dass die Errungenschaften des Schengen-Raums nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfen.

Unsere Erwartung an Sie und die Europäische Kommission in Gänze ist ein klarer Einsatz für unsere europäische Freizügigkeit und die Rückkehr zu einem Schengen-Raum, der ohne Grenzkontrollen auskommt.

Mit freundlichen Grüßen,



Stefan Seidler, MdB



Rasmus Andresen, MdEP



Delara Burkhardt, MdEP